



# Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

12.5282.02

WSU/P125282  
Basel, 16. Januar 2013

Regierungsratsbeschluss  
vom 15. Januar 2013

## **Schriftliche Anfrage Sebastian Frehner betreffend Taxi-Fahrten von Asylsuchenden auf Staatskosten**

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Sebastian Frehner dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

„Gemäss Aussagen von diversen Taxi-Fahrern ist es offenbar schon häufig vorgekommen, dass Asylanten für Arzt- und Behördentermine Taxi-Gutscheine für die Fahrt zur entsprechenden Stelle erhalten haben.

Der Anfragende bittet den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist dem Regierungsrat diese Praxis bekannt?
2. Falls ja: Weshalb lässt der Regierungsrat zu, dass Asylanten auf Kosten des Steuerzahlers Taxi-Gutscheine für Arzt- und Behördengänge erhalten?
3. Wie viele solche Fälle sind dem Regierungsrat bekannt?
4. Wie hoch sind die diesbezüglichen Ausgaben und die damit verbundenen Kosten für den Kanton Basel-Stadt?
5. Erachtet der Regierungsrat Fahrten mit dem ÖV und/oder Fussmärsche für Asylanten für unzumutbar?

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

## **Einleitende Bemerkung**

Der Anfragende stützt sich mit seiner Schriftlichen Anfrage offenbar auf Aussagen von diversen Taxi-Fahrern ab, wonach es schon häufig vorgekommen sei, dass Asylsuchende für Arzt- oder Behördentermine Taxi-Gutscheine für die Fahrt erhalten hätten.

## Die Fragen und Antworten im Einzelnen

*zu Frage 1: Ist dem Regierungsrat diese Praxis bekannt?*

Die Taxikosten von Asylsuchenden werden von der Sozialhilfe nur in begründeten Einzelfällen übernommen. Grundsätzlich kann Asylsuchenden auf Stadtgebiet zugemutet werden, sich zu Fuss, mit Fahrrad oder öffentlichen Verkehrsmitteln zu bewegen.

*Zu Frage 2: Falls ja: Weshalb lässt der Regierungsrat zu, dass Asylsuchende auf Kosten des Steuerzahlers Taxi-Gutscheine für Arzt- und Behördengänge erhalten?*

In akuten medizinischen Notfällen, die einen raschen Transport von einer Asylunterkunft zum Arzt oder Spital verlangen, wird der Rettungsdienst bestellt. Ist die gesundheitliche Not-situation zwar gegeben, aber der Transport zur ärztlichen Versorgungsstelle auch mit einem Taxi angemessen, wird auf den teuren Einsatz von Rettungswagen verzichtet. Die dann anfallenden Taxikosten werden von der Sozialhilfe übernommen.

Für andere Arzt- oder Behördengänge übernimmt die Sozialhilfe nur in ärztlich begründeten Einzelfällen die Kosten für einen Taxitransport. Dabei müssen in jedem Fall ein ärztliches At-test, welches die Notwendigkeit eines Taxitransports begründet, sowie die Einwilligung der Einzelfallkommission der Geschäftsleitung Sozialhilfe (EFKOS) vorliegen.

Das gleiche Vorgehen gilt im Übrigen auch für Anträge aller anderen Sozialhilfebeziehenden, die nicht ein Asylverfahren durchlaufen. Anträge auf Kostenübernahme von Taxifahrten werden bei dieser Gruppe von der EFKOS häufiger geprüft als Anträge von Asylsuchenden.

*zu Frage 3: Wie viele solche Fälle sind dem Regierungsrat bekannt?*

Bei Asylsuchenden handelt sich um Einzelfälle. Jährlich übernimmt die Sozialhilfe die Kosten von ungefähr sieben Taxifahrten für Arzt- oder Behördengänge.


*zu Frage 4: Wie hoch sind die diesbezüglichen Ausgaben und die damit verbundenen Kosten für den Kanton Basel-Stadt?*

Die Ausgaben für die durchschnittlich sieben Taxifahrten pro Jahr können mit einem vernünftigen Aufwand nicht frankenmässig beziffert werden. Da der Stadtkanton Basel-Stadt kurze Wege aufweist, ist – bei einer Annahme von 50 Franken für die Hin- und Zurückfahrt zusammen - von gesamthaften Kosten im Bereich von 350 bis 400 Franken auszugehen, welche durch Taxifahrten für Asylsuchende pro Jahr entstehen.

*zu Frage 5. Erachtet der Regierungsrat Fahrten mit dem OeV und/oder Fussmärsche für Asylsuchende für unzumutbar?*

Nein. s. Antwort zu Frage 1

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin  
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl  
Staatsschreiberin